

Badische Landesbibliothek Karlsruhe

Digitale Sammlung der Badischen Landesbibliothek Karlsruhe

Der Volksfreund. 1901-1932 1927

58 (10.3.1927)

Volkshfreund

Tageszeitung für das werktätige Volk Mittelbadens

Mit den Wochenbeilagen „Die Rufstunde“ und „Volk und Zeit“ (mit Bildern)

Verlagspreis: halbmönl. 1.15 M. mit 1 M. ohne Zustellung. Einzelpreis 10 P. Sonntags 15 P. — Anzeigen: die einsp. Kolonials 28 P., u. Redaktion: Rufst. 24. Fernsprecher: Geschäftsstelle Nr. 128; Redaktion Nr. 481. Schiffsleitung: Georg Schöflin; für die Redaktion verantwortlich: Hermann Kadel; für den Anzeigenteil: Gustav Krüger. Druck und Verlag der Verlagsdruckerei Volkshfreund G. m. b. H., sämtliche in Karlsruhe.

Die Ratsitzung in Genf

Genf, 9. März. Zu Beginn der heutigen Ratsitzung verlas der englische Außenminister Sir Austen Chamberlain eine Erklärung, die auf die britische Reichskonferenz vom vergangenen Herbst Bezug nimmt und den Wunsch ausdrückt, daß aus konstitutionellen Gründen den Regierungen des britischen Imperiums die Annahme der Verträge, die unter der Aufsicht des Völkerbundes zustandekommen, durch Wenderuna der Form dieser Vertragsinstrumente erleichtert werden könnte, indem die Verträge anstatt der neuen Form der Verträge zwischen Staaten, wie sie zum ersten Male für den Vertrag von Versailles angewandt wurde, wieder die früher übliche Form von Verträgen zwischen Staatsoberhäuptern erhalten. Die Erklärungen wurden vom Völkerbundsrat disjunktionslos zur Kenntnis genommen.

Im weiteren Verlauf der öffentlichen Ratsitzung wurde ein Bericht Chamberlains über die Ergebnisse eines im Jahre 1923 eingesetzten Sonderausschusses zum Studium der Ausdehnung des internationalen Handels und Kinderhandels angenommen. — Ein weiterer Beschluß des Rates setzt das Datum der in Genf abzuhaltenden dritten internationalen Verkehrs-Konferenz auf den 23. August dieses Jahres an. In der anschließenden nicht öffentlichen Sitzung wurde auf Vorschlag Scialojas beschloffen, den Vorsitz bei der für Juli nach Genf einberufenen Konferenz zur Gründung einer internationalen Katastrophenhilfe einem Deutschen zu übertragen, dessen Nennung dem Ratspräsidenten Dr. Stresemann überlassen bleibt.

Stresemann und Jaleski

Genf, 9. März. (Ein. Draht.) Auch der Mittwoch stand ganz unter dem Eindruck der Besprechungen zwischen Stresemann und Jaleski. Sowohl von deutscher als auch von polnischer Seite wurde starke Genugung über die Aussprache zum Ausdruck gebracht und ebenso hat Briand abends beim Empfang der französischen Journalisten betont, das wichtigste für den europäischen Frieden wäre eine Verständigung zwischen Deutschland und Polen.

Paris, 9. März. (Ein. Draht.) Die hiesigen Blätter sind allgemein davon überzeugt, daß die ganze Genfer Politik Chamberlains auf eine „Einflussnahme“ auf die Verhandlungen zwischen Deutschland und Polen hinaus abzielt. Sie erklärt sich auch die von Italien vorgenommene Ratifikation des Vertrags, der Rumänien Souveränität über Bessarabien anerkennt, was doch Ausland stets gegen diesen Vertrag protestiert hat. Aber nicht nur in Rumänien und Ausland arbeitet England, sondern auch in den baltischen Staaten, die mehr und mehr seinem Einfluss unterworfen

werden. In Genf bemüht sich Chamberlain, ebenso eine Annäherung zwischen Polen und Deutschland herbeizuführen, da ohne die Unterstützung Polens eine Einreise Russlands nicht vollständig wäre. Die Blätter fragen sich, in welcher Weise die Somierregierung auf diese englische Politik antworten werde. Sie sind überzeugt, daß diese Antwort der Sowjets in China oder in Indien erfolgen wird.

Berlin, 10. März. (Funkdienst.) Der Sinn des in Uebereinstimmung mit dem polnischen Außenminister in Genf herausgegebenen Kommuniqué über die Verhandlungen Stresemann-Jaleski läuft darauf hinaus, daß die zur Verhandlung über den Abschluß eines Handelsvertrages bestimmten Delegation auf beiden Seiten vorläufig nicht wieder in Tätigkeit treten, sondern die Lösung der als dringend zu behandelnden deutsch-polnischen Probleme auf diplomatischem Wege erfolgen, d. h. daß zunächst die Verhandlungen von Regierung zu Regierung durch die diplomatischen Vertreter in Warschau, bzw. in Berlin geführt werden.

Paris, 10. März. (Funkdienst.) Die Blätter lassen sich aus Genf ziemlich überraschend melden, daß der gestrige Tag eine fühlbare Entspannung in den deutsch-polnischen Beziehungen gebracht habe, an der Briand einen Hauptanteil hat. Briand habe im Laufe des Besuchs, den er gestern in den Abendstunden gemacht habe, diese Entspannung feststellen können und habe Stresemann ebenso wie Jaleski zu dem persönlichen Geleit, lebhaft begrüßt. Man läßt auch hier, meint der „Reit Parisien“ ein neues Zeichen für die glückliche Wirkung von Locarno, denn ohne Locarno hätte die Atmosphäre des Mißtrauens zwischen Polen und dem deutschen Reich in Genf nicht so schnell zerfallen werden können. Ohne Zweifel seien noch Schwierigkeiten materieller Art zu beseitigen, aber der Gedanke der notwendigen Annäherung habe am gestrigen Tage wichtige Fortschritte gemacht.

Eine nationalsozialistische Trompete

Warschau, 10. März. (Funkdienst.) In der Mittwochsitzung des Sejm hielt der Nationaldemokrat Bartoszewicz der Mittelteil der polnischen Delegation für die Wirtschaftsverhandlungen mit Deutschland ist, eine kriegerische und nationalsozialistische Rede gegen Deutschland. Der sozialdemokratische „Robotnik“ verlangt deshalb die Abberufung des Abgeordneten Bartoszewicz, da seine Anschauungen ein Zustandekommen des Handelsvertrages mit Deutschland nur schädigen könnten.

selbe löstete, mit Zuchthaus bis zu fünf Jahren und nur bei Vorliegen mildernder Umstände mit Gefängnis nicht unter 6 Monaten bestraft. Durch das Gesetz vom 5. Mai 1926 ist dieser Paragraph dahin abgeändert worden, daß nur jene, die aus der Verbreitung ein Geschäft machen, mit Zuchthaus bestraft werden, im übrigen aber an die Stelle der Zuchthausstrafe eine Gefängnisstrafe trat, deren Höhe in das Ermessen des Richters gestellt ist. Das neue Bewußtsein an dem vielen gerichtlichen Verurteilungen, seitdem das „Reichsgesetz“ in Kraft ist.

Wahlreform in Frankreich

Paris, 9. März. (Ein. Draht.) Am Donnerstag wird in der Kammer der Repräsentanten über die Wahlreform diskutiert. Er steht die Hälfte der Kreiswahl vor. Je 100 000 Einwohner werden durch einen Abgeordneten vertreten sein. Die neue Kammer wird dadurch 587 Mitglieder, also 3 mehr als gegenwärtig, haben.

Hungerstreik der politischen Gefangenen

Sofia, 10. März. (Funkdienst.) Der Hungerstreik der politischen Gefangenen in Sofia dauert nunmehr den sechsten Tag an. — Am Mittwoch wurde der hier bestehende unabhängige Informationsdienst verboten. Sämtliche Redakteure wurden verhaftet, da sie das Kabinett aufgefordert hatten, die teilweise mit jeder hohen Treiber darniederliegenden Gefangenen nicht länger zu quälen.

Der Zusammenstoß in Kasstätten

Koblenz, 9. März. Von den wegen des Ueberfalles in Kasstätten verhafteten 69 Nationalsozialisten wurden 43 in das Untersuchungsgefängnis eingeliefert, die übrigen 26 mit Ausnahme eines Kraftwagenführers, der freigelassen wurde, verblieben in Kasstätten, die von den Nationalsozialisten gepörrt worden war, waren weitaus die meisten der Nationalsozialisten und Kabinete. Der einzige abgegebene Schub, der von dem schwerbedrängten Oberleutnant in die Kasse gefurt worden war, traf einen 18jährigen Jungling aus Sindhofen in die Stirn und führte seinen Tod herbei.

Ein weiterer Vizepräsident für den Reichstag

Berlin, 9. März. Da Reichstagspräsident Ebbe vermutlich vor Otern seine Amtsgeschäfte nicht aufnehmen wird, und gerade in den nächsten Wochen zur Beratung des Haushalts-Sitzungen am Vormittag und Nachmittag abgehalten werden sollen, wird in parlamentarischen Kreisen erwogen, dem dritten Vizepräsidenten des Reichstages einen weiteren Vizepräsidenten für diese Zeit zur Seite zu stellen. Der Reichstagsrat wird in seiner nächsten Sitzung darüber entscheiden.

Erhöhung der Wohnungsmiete

Der Schatzung des Reichsblods in Preußen gelungen **Berlin, 9. März.** (Ein. Draht.) Amtlich wird mitgeteilt: Die Vertreter der preussischen Staatsregierung haben im Reichsrat am 8. d. M. der Verordnung der Reichsregierung zugestimmt, wonach die gesetzliche Miete zum 1. April d. J. um 10 v. H. und vom 1. Oktober d. J. ab um weitere 10 v. H. erhöht wird. Diese Stellungsnahme des preussischen Staatsministeriums wurde in erster Linie durch den Gesichtspunkt hervorgerufen, daß die derzeitige Lage auf dem Wohnungsmarkt die Bereitstellung weiterer Mittel zur Förderung der Neubautätigkeit erfordert. Im übrigen konnte sich das preussische Staatsministerium lebhaft den Standpunkt der Reichsregierung zu eigen machen, die die vorgesehene Erhöhung der Mieten aus allgemein wohnungspolitischen und wohnungswirtschaftlichen Gründen erforderlich macht.

Die vom Reichsrat und vom Reichskabinett beschlossene Mieterhöhung von je 10 v. H. am 1. April und am 1. Oktober ist durchaus auf der Linie der Politik des preussischen Wohlfahrtsministers Hirtjes, der sich schon lange um eine Erhöhung der Mieten um 30 Proz. verwendet hat. Diese Auffassung dürfte auch für die Stellungnahme der preussischen Vertreter im Reichsrat ausschlaggebend gewesen sein. Der Sozialdemokratie und den Gewerkschaften bleibt jetzt nach ihren vielen vergeblichen Warnungen und Protesten gegenüber der neuen Belastung der breiten Schichten nichts anderes übrig, als auf einen gerechten Ausgleich durch eine entsprechende Lohnerhöhung zu dringen. Andererseits wird sich die Initiative der Sozialdemokratie darauf richten, die Mieterhöhungen auch wirklich für die Ueberwindung der Wohnungsnot auszunutzen.

Die Belastungen einer Mietpreissteigerung

Auf Grund des Kabinettsbeschlusses über eine Mieterhöhung von 10 Prozent zum 1. April und eine weitere von 10 Prozent zum 1. Oktober ds. Js. hat der Gesamtverband des Reichsbundes Deutscher Mieter e. V. nach eingehender Beratung beschlossen, an die Reichsregierung, den Reichsrat, die Landesregierungen und die politischen Parteien sofort mit einem Protest heranzutreten, in dem es u. a. heißt:

„Jede 10 Prozent Mietsteigerung belastet die deutsche Mieterchaft mit jährlich 500 Millionen Reichsmark, den Einzelhaushalt des Inhabers einer Kleinwohnung mit jährlich 20—40 M. Bei der jetzigen Wirtschaftslage können die Arbeiter und Angestellten eine entsprechende Erhöhung der Löhne und Gehälter nicht durchsetzen, ganz zu schweigen von den Sozial- und Kleinrentnern, den Kriegsbeschädigten und Hinterbliebenen, den Angehörigen der freien Berufe, den Heimarbeitern, und Erwerbslosen, die unter der dauernden Verteuerung der Lebenshaltung besonders empfindlich leiden.“

Da die Steigerung des Zinsfußes für die abgewerteten Hypotheken erst am 1. Januar 1928 eintritt, der erste Termin für die Zahlung der erhöhten Zinsen sogar erst auf den 1. April 1928 fällt, so entfällt jede Notwendigkeit, vor dem 1. April 1928 eine Mieterhöhung einzutreten zu lassen. Wer die Gesundheit unseres Wirtschaftslebens will, muß jede weitere Minderung der Kaufkraft zu unterbinden suchen; dieser volkswirtschaftliche Gesichtspunkt allein rechtfertigt bereits die Ablehnung jeder Mieterhöhung im jetzigen Zeitpunkt.

Der Gesamtverband des Reichsbundes Deutscher Mieter richtet deshalb an die Reichsregierung und den Reichsrat die dringende Bitte, den Beschluß auf Mieterhöhung zum 1. April 1927 zurückzuziehen bzw. ihm die Zustimmung zu verweigern.“

Die Erdbebenkatastrophe in Japan

Tokio, 9. März. Nach Mitternachtsstunden aus der heimischen Provinz Fango haben Frauen und Kinder schwer gelitten, obgleich Truppen, Polizei und Jugenddetachmenten Heranzugendes leisteten, um ihre Leiden zu lindern. Die Bemühungen, Vorräte herbeizuschaffen, werden durch die Unterbrechung des Eisenbahnverkehrs behindert. Zeitungsberichterstattung haben von Flugzeugen aus ganze Gruppen rauchender Ruinen erblickt, die früher Dörfer waren. Sie berichten, daß sie viele Leichen herumliegen sahen, denen Priester die letzte Weihe gaben. Herzie und Krankenschwestern begleiteten die Hilfskolonnen. In Kobe und Osaka wurden Verluste an Menschleben und Verletzungen dadurch verursacht, daß die Menschen, von einer Panik ergriffen, aus den Fenstern sprangen.

Steigende Verlustziffern

Tokio, 8. März. Nach Mitteilung des Provinzregierers in Aoto sind im Tanshiki bei den Erdbeben 2275 Personen getötet und 3441 verletzt worden.

Tokio, 8. März. Den letzten amtlichen Mitteilungen über die Erdbebenverluste zufolge beträgt die Zahl der Toten über 25000. Die Zahl der Verletzten beträgt 4000. Es wurden 7800 Häuser zerstört. Es handelt sich jedoch um kleine Holzhäuser. Der Gesamtschaden wird daher auf nicht über 10 Millionen Yen geschätzt. Das Dorf Amina, das eine Bevölkerung von 4000 Menschen hat, ist fast ganz zerstört. Ein neugebautes Theater flürzte dort ein, und es brach Feuer aus, bei dem 200 Menschen ihr Leben einbühten und 500 verletzt wurden. Truppen gruben die Leichen aus.

Der Kardinal als Heher gegen den Staat

Bayerische Bischöfe sind schon wiederholt dadurch aufgefallen, daß sie in ihren wohlüberlegten Kundgebungen an ihre Gläubigen Sätze und Wendungen gebraucht haben, die das Ergebnis der breiten Massen ereiten und dafür zu gefühlvollen Worten für die Reaktion geworden sind. Am bekanntesten ist der Spruch des Regensburger Bischofs: „Wer Recht ist, soll Knecht bleiben“ und zum zweiten das von den Reaktionen aller Schattierungen zum gebührendsten Mal zitierte Diktum des Münchener Erzbischofs Kardinal Faulhaber: „Die Republik, die entstanden ist aus Meißel und Bohrer.“ Dieser selbe Kardinal hat sich nun neuerdings in seinem Festschriftenbrief 1927 herausgenommen, wiederum in einer Weise gegen den Staat und die ihn verführende weltliche Gesellschaft Stellung zu nehmen, die sich kaum ein anderer Volksgenosse erlauben dürfte, ohne mit den Strafgesetzen in Konflikt zu kommen. In seinem Festschriftenbrief vom 11. Februar, den aber „die geliebten Erdbischofen“ erst nach ihren Festschriftsünden aufzulesen bekamen, heißt es:

„Wenn die Erbünde für die Seele eines Kindes Unruhe und Armut und Todesstrafen ist, dann müssen christliche Eltern die neugeborenen Kinder möglichst bald zur Taufe bringen. Ein Kind, das nach der Taufe stirbt, wird von den Engeln im weißen Kleide der Taufschuld geradewegs in den Himmel getragen. Jene armen Kinder aber, die ohne Taufe sterben, sind nicht in der Hölle, sind aber auch nicht im Himmel, durch die Erbünde von der Anschauung Gottes verbannt. Was es die Schuld von Vater und Mutter, daß ein Kind ohne Taufe stirbt, dann liegt die Verantwortung dafür wie ein Mühlstein auf ihrem Gewissen. Solch ein Mühlstein liegt heute auf dem deutschen Volke, seit es gesetzlich den Mord ungeborener Kinder für straffrei erklärte. Dieses Verbot von 1926 bedeutet das Todesurteil über Millionen von Kindern, die am Leben sind, in der Erbünde sind und ohne Taufe sterben müssen. Dieses Verbot wird die Strafe Gottes über die Eltern dieser Kinder und über das deutsche Land herabrufen. Häuelt die Totenglocken! Der Massenmord des deutschen Volkes hat begonnen. Verbannt die Mütter mit schwarzen Tüchern! Ein Gottesraub gröhren Stills wird an den Kindern begangen, die ohne Taufe sterben müssen.“

Das gehört wohl zu den stärksten Verurteilungen, die je am Staate, seinen Gesetzen und seinen gesetzlichen Vertretern begangen worden sind. Denn es ist eine vollendete Unwahrscheinlichkeit, daß dieses Verbot von 1926 den „Mord ungeborener Kinder“ für straffrei erklärt. Das Gesetz vom 5. Mai 1926 hat lediglich eine Milderung des beachteten § 218 des Strafgesetzbuches gebracht. Bis dahin wurde eine Schwangerschaft, die ihre Lebensfrist vorzüglich abtrieb oder im Mutter-

„Grundsätzliches zur Arbeitslosenversicherung“

(Schluß)

Wir sind in dem vorhergehenden Abschnitt zu dem Ergebnis gekommen, daß die Trägerhaft der Arbeitslosenversicherung zweckmäßigerweise in die untere Instanz verlegt wird. Wir haben uns nun noch mit einer anderen Frage zu befassen, nämlich mit der der **Eingliederung der Gemeinden** in die Trägerhaft der Arbeitslosenversicherung. Die Gemeinden erheben Anspruch darauf, daß sie bei der Zusammenlegung der Trägerhaft entsprechend berücksichtigt werden. (Veral. hierüber die Ausführungen des Sachverständigen Dr. Kemelsdorff im Reichswirtschaftsrat, Beilage zur Regierungsbegründung S. 210.)

Es steht fest, daß die Gemeinden seit langen Jahren auf dem Gebiete der Arbeitslosenfürsorge bahnbrechend waren, und in der Tat haben auch die Gemeinden von Natur aus schon das lebhafteste Interesse daran, daß für die Einwohnerhaft in der Zeit der Arbeitslosigkeit Sorge getragen ist. Sie waren allesamt auf diesem Gebiete, wie überhaupt die treuesten Freunde und Helfer der Wirtschaft, der ausgleichende Vertrauensmann zwischen Arbeitgeber und Arbeitnehmern. Es wäre kurzfristig, wenn nun die Vertreter der Wirtschaft heute die Hand dazu bieten würden, diese ihre treuen Freunde zurückzuweisen.

Nicht nur geschichtliche Gründe sprechen dafür, daß die Gemeinden in der Trägerhaft der Arbeitslosenversicherung mitbeteiligt werden. Sondern sprechen auch durchaus praktische Gründe. Es ist am Schluß des vorhergehenden Abschnittes schon ausgeführt, daß der ganze Gefahrenausgleich, wie ihn der Entwurf des Arbeitslosenversicherungsgesetzes vorzieht, durchaus problematischer Natur ist. In Vorauszicht dessen haben sich die Gemeinden auch bereit erklärt, sich an den Kosten der Arbeitslosenversicherung zu beteiligen. (Veral. Dr. Kemelsdorff im Reichswirtschaftsrat, Seite 210 der Regierungsbegründung.) Ihre Bereitwilligkeit ist zurückgewiesen worden. Die Gemeinden sollen nur noch ein Drittel der notwendigen Kosten der öffentlichen Arbeitsnachweise, einschließlich der durch die Arbeitslosenversicherung entstehenden Kosten übernehmen. Der sechsbetragige Anteil von einem Reuteil an den eigentlichen Unterstützungslosten soll in Wegfall kommen. Dagegen sollen die Gemeinden an der Krisenfürsorge, auf welche die Schöpfer des Gefahrenausgleichs große Hoffnungen setzen, nach der Vorlage der Reichsregierung mit 25 Prozent des Aufwandes beteiligt sein. Mittelbar sollen also die Gemeinden wieder erheblich in die Kostentragung eingeschaltet werden, nur nicht auf dem ordnungsmäßigen Wege der Einweisung in die Arbeitslosenversicherung, sondern auf dem außerordentlichen Wege der Beteiligung an der der Arbeitslosenversicherung nur anhängigen Krisenfürsorge.

Letzten Endes werden also doch wieder die Gemeinden zum großen Teil die Stöße ausschalten haben, welche durch etwaige Verschlechterung der Wirtschaftslage an das Gefüge der Arbeitslosenversicherung heranrücken. Das ergibt sich auch daraus, daß die Höchstunterstützungsdauer in der Arbeitslosenversicherung von 52 auf 26 Wochen herabgesetzt werden soll (S. 60). Die Reichsregierung selbst führt auf Seite 71 der Regierungsbegründung aus, daß man sich zu einer Ergänzung der reinen Versicherung entschließen müßte, die sich aber wie diese unabweislichen Notzeiten anpassen könne. Das ist die Krisenfürsorge. Andernfalls wäre man genötigt gewesen, die obere Beitragsgrenze von 3 Prozent (S. 135 Abs. 3) aufzugeben. Bei dieser oberen Beitragsrate von 3 v. H. können nach den Schätzungen des Reichsarbeitsministeriums durch 16,4 Millionen Versicherte rund 700 000 Arbeitslose getragen werden (S. 70 der Regierungsbegründung). Am 15. November 1926 waren aber 1 314 083 Hauptunterstützungsempfänger vorhanden (S. 92 der Regierungsbegründung).

Die Aufwendungen der Gemeinden werden mit dem bisher Aufgeführten nicht erschöpft sein. Die Gemeinden werden nach wie vor, insbesondere an der wirtschaftlichen Arbeitslosenfürsorge sehr stark beteiligt sein. Diese kann ohne Mitwirkung der Gemeinden überhaupt nicht befriedigend durchgeführt werden. Es sei hier nur an die Notstandsarbeiten erinnert (S. 123). Die Stadt Karlsruhe (mit rund 140 000 Einwohnern) hat im letzten Jahre 1 627 500 M. Aufwendungen für Notstandsarbeiten gemacht, während sie nur 274 000 M. an entgeltlichen Zuschüssen aus Mitteln der Erwerbslosenfürsorge erhalten hat. Alles andere ist Belastung für die Gemeinde. Die Ausschaltung der Gemeinden aus der Arbeitslosenversicherung wird nicht gerade förderlich auf ihre Bereitwilligkeit zur Bereitstellung von Notstandsarbeiten einwirken.

Nicht nur aus geschichtlichen Gründen verbietet sich also eine Ausschaltung der Gemeinden aus der Arbeitslosenversicherung; ihre organische Einfügung in die Trägerhaft ist vielmehr auch aus rein praktischen Gründen eine dringende Notwendigkeit, weil ohne die Gemeinden und ihre lebendige Teilnahme praktisch die Arbeitslosenfürsorge überhaupt nicht gelingen kann.

Die Arbeitnehmerschaft wünscht Verschmelzung des Arbeitsnachweiswesens und der Arbeitslosenversicherung zu einer einheitlichen, von jeder Verbindung mit den Gemeinden, den Ländern und dem Reich losgelösten Selbstverwaltung. Dagegen will sie in der untersten Instanz (den Arbeitsämtern), die den versetzten öffentlichen Arbeitsnachweisen entsprechen, die den öffentlichen Körperschaften ein Drittel der Stöße mit vollem Stimmrecht einräumen; entsprechendes Stimmrecht soll auch den Landesarbeitsämtern und in dem Reichsamt für Arbeitsvermittlung gewährt werden. Auf Arbeitgeberseite würde

man wohl am liebsten grundsätzlich es bei der jetzigen Regelung der Erwerbslosenfürsorge bewenden lassen, da man nicht von der Leistungsfähigkeit der Arbeitslosenversicherung überzeugt ist. Auf jeden Fall wünscht man Beteiligung der öffentlichen Hand.

Die vorzugesetzten Sätze der Arbeitslosenversicherung würden sich folgendermaßen auswirken:

A. Betrag der Arbeitslosenunterstützung nach den neuen Bestimmungen

Beitragsklasse	Einheitslohn wöchentlich RM.	a) f. Unberbeitete		b) f. Berbeitete mit einem Kind		c) f. Berbeitete mit zwei Kindern	
		1. Su. 1. bis 2. Su. 1. bis 2. Su. 1. bis 2. Su. 1. bis 2.	1. Su. 1. bis 2. Su. 1. bis 2. Su. 1. bis 2.	1. Su. 1. bis 2. Su. 1. bis 2. Su. 1. bis 2.	1. Su. 1. bis 2. Su. 1. bis 2. Su. 1. bis 2.		
I	12.—	45	5,40	55	6,00	60	7,20
II	15.—	45	6,75	55	8,25	60	9,00
III	21.—	40	8,40	50	10,50	55	11,55
IV	27.—	40	10,80	50	13,50	55	14,85
V	33.—	40	13,20	50	16,50	55	18,15
VI	39.—	35	13,65	45	17,55	50	19,50
VII	42.—	35	14,70	45	18,90	50	21,00

B. Betrag der Erwerbslosenunterstützung in Karlsruhe nach den bisherigen Bestimmungen

für Unberbeitete über 21 Jahre	a)		b) für Berbeitete mit einem Kind		c) für Berbeitete mit zwei Kindern	
	1. bis 8. Woche wöchentlich RM.	von der 9. Woche an wöchentlich RM.	1. bis 8. Woche wöchentlich RM.	von der 9. Woche an wöchentlich RM.	1. bis 8. Woche wöchentlich RM.	von der 9. Woche an wöchentlich RM.
	13,20	13,20	17,60	18,75	20,10	21,25

Man darf bei der in Aussicht genommenen Lösung die Anerkennung nicht versagen, daß bei ihrem Aufbau das Bestreben maßgebend war, nach dem Prinzip ausgleichender Gerechtigkeit einerseits denjenigen Arbeitnehmern, die höhere Beiträge bezahlen, auch hierfür eine Gegenleistung in Form höherer Unterstützungsleistungen zu gewähren, andererseits auch ein gewisses Minimum an Unterstützungsleistungen denjenigen Arbeitnehmern zukommen zu lassen, die sich in niedrigeren Beitragsklassen befinden. Ob diese Gedanken in durchaus glücklicher Weise durchgeführt sind und ob noch andere Lösungsmöglichkeiten vorhanden wären, läßt sich sehr schwer entscheiden. Gewisse Schönheitsfehler sind ohne Zweifel noch vorhanden und ihre Ausmerzung wäre eine dankbare Aufgabe. So fehlt eine Staffelung der Unterstützungsätze nach der Dauer der Arbeitslosigkeit. Auch sei darauf hingewiesen, daß in Österreich die Höchstgrenze der Erwerbslosenunterstützung auf 80 Prozent des Arbeitseinkommens festgesetzt ist. Es wäre wünschenswert, auch in Deutschland eine Erhöhung der Höchstunterstützungssätze durchzuführen. Nach der entgegengesetzten Seite hin wäre dringend eine Erhöhung der Mindestunterstützungssätze auf ein gewisses Existenzminimum erforderlich. Es ist aus vorliegender Tabelle ersichtlich, daß manche Unterstützungsempfänger voraussichtlich nach den neuen Bestimmungen weniger erhalten werden, als sie bisher bezogen haben. Ein Weg, wie hier Abhilfe geschaffen werden könnte, ist noch nicht gezeigt. Um diese verschiedenen Notwendigkeiten gegeneinander abzuwägen, wären zunächst umfangreiche Berechnungen auf Grund des vorliegenden statistischen Materials erforderlich.

Aus dem Freistaat Baden Sanemann für Rudo

Erst jetzt wird bekannt, daß der deutsche nationale Fürsprecher bei Herrn Reichsfinanzminister Dr. Köhler der frühere Landtagsabgeordnete Dr. Sanemann war. Wenn man weiß, daß hinter Sanemann der deutsche nationale Landtagsabgeordnete Max-Emil Köhler steht, dann versteht man erst recht nicht, wie Herr Rudo zu der Ablehnung der Intervention bei Dr. Köhler kam. Die „Kaffater Zeitung“ dürfte recht haben, wenn sie vor einigen Tagen geschrieben hat:

„Man mag nun die Sache wenden und drehen, wie man will, die Tatsache bleibt bestehen, daß der Verwaltungsinspektor Rudo vor etwa drei Wochen durch den deutschen nationalen Reichstagsabgeordneten Sanemann hat intervenieren und um eine außergerichtliche und außerlandesmäßige Erledigung der Angelegenheit hat bitten lassen, und daß Reichsfinanzminister Dr. Köhler dieses Ansuchen abgelehnt hat.“

Wenn man der Umwelt nun weis machen will, daß dies kein Rücksieger ist, so sieht das erst recht kläglich aus. Herr Rudo hätte also in seiner Vertretung an den „Volkstribunal“ rühmlich die Ehre geben können; er weiß ja noch nicht, welchen Ausgang die Sache nehmen wird, bekanntlich beschäftigt sich auch der Ausschuss für Gesetze und Beschlüsse am heutigen Donnerstag mit einem Gesuch an den badischen Landtag, wobei die Frage Rudo-Badenwert gleichfalls wird aufgerollt werden.

Der notwendige Wohnungsbauprogramm Der Haushaltsausschuh des bad. Landtags zur Regierungsdenschrift

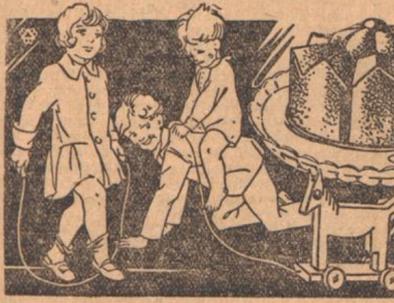
Die recht ausführliche Denschrift der badischen Regierung über Wohnungsnot und Förderung des Wohnungsbaues durch Aufnahme von Anleihen ist von der Presse bereits der Öffentlichkeit zur Kenntnis gebracht worden. Am Dienstag, 8. März, untersag sie der Haushaltsausschuh einer ausführlichen Besprechung und dann der Beschlußfassung. Bericht erstatter war Abg. Kildert (Soz.). Er ging auf die in der Denschrift niedergelegten Grundzüge für den Wohnungsbauprogramm ein und stellte fest, daß zur Beseitigung der Wohnungsnot noch immer jährlich 6000 Wohnungen erstellt werden müssen, wozu noch ein Fehlbetrag von 5000 Wohnungen hinzu kommt. Im Jahre 1925 wurden über den errechneten Neubedarf etwa 1800, 1926 etwa 2300 Wohnungen erstellt. Am 1. Oktober 1926 gab es in den Städten über 10 000 Einwohner noch immer 25 194 Wohnungsluchende, 17 298 in Notwohnungen Wohnende und 4 140 ohne Wohnung. Es ist also in Baden die Wohnungsnot noch nicht fühlbar gemildert. Beachtenswert war auch der Hinweis auf die Zahl der erwerbslosen Bauhandwerker, die am 1. Februar ds. Js. 6057 betrug. Kildert wandte sich auch scharf gegen die beschlossene Erhöhung der Mieten ab 1. April ds. Js. Ein gefährlicher Weg würde damit beschritten und die Folge wäre Tarifkämpfungen und Lohnkämpfe. Er besprach dann die einzelnen Vorschläge der Regierungsdenschrift, wie die finanziellen Mittel für den Wohnungsbauprogramm zu beschaffen sind und kam zu dem Schluß, daß Zuschauendarlehen grundsätzlich notwendig seien. Es müsse geprüft werden, ob etwa durch Ausgabe von Kommunalobligationen das Ziel der Zuschußleistung für Wohnungsbauten erreicht würde.

In der einleitenden Besprechung sprachen zunächst die Minister Dr. Kemme und Dr. Schmitt, deren Ausführungen wir bereits gestern brachten. — Ein Zentrumsredner meinte, daß die Denschrift zu schwarz male, es fehlten rund nur noch 12 000 Wohnungen und in 2—3 Jahren sollte es wohnungslose Familien nicht mehr geben. Mit der Aufnahme der Regierungsstaatsanleihe erklärte er sich einverstanden.

Der sozialdemokratische Redner stellte zunächst fest, daß seine Partei nicht daran schuld sei, wenn die Städte bei dem Ertrag der Gebäudebesondersteuer zu kurz kommen. Die Sozialdemokratie habe schon im vorigen Sommer, als der Landtag das Gebäudebesondersteuerrecht, ausdrücklich darauf aufmerksam gemacht. Der Wohnungsbedarf scheine ihm, dem sozialdemokratischen Redner, zu wenig; es müßten noch viele Notwohnungen wegen Unwohnlichkeit geräumt werden. Hauptfrage ist, billige Wohnungen zu schaffen, man kann jetzt gar nicht genug Baudarlehen geben im Falle, die Zwangswirtschaft hört eines Tages auf. Gut ist es auch, wenn die Städte im Besitz einer Anzahl Wohnungen sind, damit sie preisregulierend bei der Mietpreissetzung wirken können. In Deutschland ist die Verbilligung des Bauens anscheinend noch immer nicht möglich, obwohl uns darin Holland und Amerika voraus gegangen sind. Auch die Typisierung der Bauten bringt man nicht fertig. Die Staatsanleihe ist nicht hoch genug, man sollte für den Wohnungsbauprogramm sein. Der Staat sollte mehr wie 10 Millionen aufwenden. Der Redner ist auch der Ansicht, daß man in 2—3 Jahren in der Hauptfrage die Wohnungsnot beseitigen muß.

Nachdem der Berichterstatter in der Nachmittags Sitzung noch über Eingaben des A.D.G.B., der ein Wohnungsbauprogramm verlangt, und des bad. Städteverbandes, verbreitet hatte, vertrat ein sozialdemokratischer Redner recht wirkungsvoll die Auffassung sowohl der Sozialdemokratie als auch der gemeinnützigen Bauvereinigungen und der Bodenreformer. Ein großer Teil derjenigen Wohnungen, die früher zu bewohnen nicht gestattet war, sind heute zur Bewohnung freigegeben. Was die absolute Summe der Aufwendungen für den Wohnungsbauprogramm anbelangt, so steht Karlsruhe an der Spitze der badischen Städte. Bedauerlich sei, daß man den gemeinnützigen Bauvereinigungen nicht mehr entgegenkomme, wie jedem anderen Baulustigen. Nur einige Städte haben hier eine Abweichung durchgeführt und erhöhte Zuschüsse gegeben. Zell i. W. treibt eine gesunde Wohnungsreform; je größer die Kinderzahl, desto geringer sei dort die Miete in Stadt, Wohnungen. Redner ist für großzügige Anleihenpolitik durch das Land und bespricht ausführlich die Finanzierung des Wohnungsbaues und die Aufbringung der Mittel. Das Geld, das durch die Gebäudebesondersteuer aufgebracht und deshalb vornehmlich von den Mietern stammt, dürfe nicht langsam verschwinden. Es müsse erhalten bleiben für den Wohnungsbauprogramm. Ein Gesuch des Verbandes der bad. Bauvereinigungen vertritt dieselbe Auffassung. Durch ein möglichst rasch auszuführendes Darlehen müsse der Wohnungsbauprogramm gestärkt werden. Ein weiterer sozialdemokratischer Sprecher unterstützte die grundsätzlichen Forderungen der Mieterhaft und der Wohnungsbauprogramm wirksam durch praktische Beispiele.

Die Sprecher der bürgerlichen Parteien konnten sich zum Teil der Richtigkeit der sozialdemokratischen Argumentation nicht entscheiden, wenn gleich sie mit ihren unterschiedlichen Auffassungen sich nicht auf einem Wege bewegten. — Die Regierung erklärte, daß der Abbau der Zwangswirtschaft im Wohnungsbauprogramm das letzte Ziel sei. Komme man dabei nicht zur Beseitigung der Wohnungsnot, dann müsse der Staat eingreifen. Wer die freie Wohnungswirtschaft vorbereiten wolle, müsse genügend und billige Wohnungen schaffen helfen. Eine industrielle Belebung unserer Wirtschaft bedeute Erziehung des Geldmarktes für den privaten Wohnungsbauprogramm. — Die Beratungen werden am Mittwoch fortgesetzt.



Die Wunderkräfte der Milch

sind durch die neuen Forschungen der Wissenschaft in besseres Licht gerückt und die Lehre von den lebenswichtigen Aufbaustoffen — Vitamine genannt — erregt berechtigtes Aufsehen. Ohne Säumen sollte der Genuß von Milch, der als Hauptnahrung unserer Volksernährung anzusehen ist, gefördert werden. Zu den engsten und wohlkörnlichsten Arten der Milchverarbeitung zählen die sich einfach, schnell und preiswert mit Milch herstellen lassen. Kinder sind ausgelassen vor Freude, wenn sie wissen: Heute gibt's Oetker-Pudding! — Verlangen Sie Dr. Oetker's Puddingpulver nur in Originalpackungen (niemals lose) mit der Schutzmarke „Oetker's Helikon“. Dr. Oetker's neues farbig illustriertes Rezeptbuch, Ausgabe F bietet Ihnen viele neue Anregungen zum Backen. Auch lesen Sie darin Näheres über den vorzüglichen Backapparat „Küchenvunder“, mit dem Sie auf kleiner Gaskocher-Platte kochen, braten und kochen können. Das neue Buch ist für 15 Pfg. bei Ihrem Kaufmann erhältlich, wenn ver-

Dr. A. Oetker, Bielefeld.

Ladenverkaufspreise: Backpulver „Dakin“ 1 Stck. 10 Pfg. 3 Stck. 25 Pfg. Puddingpulver Van.-Mandel-Pfg. Van.-Zucker 5 Pfg. Van.-Soßenp. 5 Pfg. Galo-Schokol.-Puddingp. 15 Pfg. Schokoladenspeise mit geh. Mandeln 25 Pfg. Gu. fin 225 g 35 Pfg.



Gegen die geplante Erhöhung der Miete

Der Landesverband Badischer Mietervereine erhebt scharfsten Protest gegen die von der Reichsregierung geplante Erhöhung der Mieten über die Friedensmieten hinaus.

Gegenüber dem Vorhaben, das die gegenwärtige wirtschaftliche Lage keineswegs rechtfertigt, da es nur einer kleinen Schicht wohlhabender Leute, durch Verbesserung ihrer Einkommensverhältnisse die Mehrzahl der Arbeiter, die in der Wirtschaft der Nation ein innerer zwingender Grund vor.

Um mehr Mittel für den Wohnungsaufbau zu gewinnen, würde die zurzeit erhobene Mietssteuer (Gebäudesteuer) vollkommen genügen, wenn man sie ihrem Zweck entsprechend auch restlos dem Wohnungsbau zur Verfügung stellen würde. Dann könnte man auch durch günstige Darlehensbestimmungen die Mietpreisbildung in Neuwohnungen so beeinflussen, daß auch in diesen Wohnungen die Mieten die Friedensmieten nicht zu übersteigen brauchen.

Was aber endlich aufhören muß, ist die Verwendung dieser Gelder für allgemeine Finanzzwecke — zur Ausgleichung der Staatsfinanzen, Ländern und Gemeinden. Mittel für allgemeine Zwecke müssen nach den einfachsten Grundsätzen der öffentlichen Gerechtigkeit auch von der Allgemeinheit aufgebracht werden, denn es widerspricht diesen Grundsätzen, wenn man einen Teil der Bevölkerung belastet, um einen anderen Teil steuerlich entlasten zu können.

Es ist darum höchste Zeit, daß die Steuererhebung andere Wege als bisher einschlägt und endlich einmal diese Aufgabe in der Miete ihres steuerlichen Charakters entkleidet und sie wieder zur Zweckabgabe umgestaltet.

Die Mietervereine fordern mit allem Nachdruck, daß die politischen Parteien des Reichstages und auch des Landtages, die das Wohl der arbeitenden Klassen vertreten, den Plänen der Reichsregierung mit aller Entschiedenheit entgegenzutreten, um auf dem Gebiete der Steuererhebung den Grundgedanken der öffentlichen Gerechtigkeit wiederherzustellen, um auf diese Weise ohne drückende Belastung der Mieterschaft eine endgültige Gesundung der Wohnungswirtschaft zu ermöglichen.

Aus der Partei

Bekanntmachung des Parteisekretariats Karlsruhe

Öffentliche Aufführungen und Vorträge und sonstige Veranstaltungen finden statt:

Samstag, den 12. März:

Selbach A. Raffart: abends 8 Uhr im Saal des Lichtbilders-Vortrags: „Der Bauernkrieg“. Referent: Gen. Desch, n. r. Karlsruhe.

Kastatt: abends 8 Uhr im „Aler“. Mitgliebertreffen mit Vortrag von Gen. Stadtrat Schön-Karlsruhe. Referent: Gen. Desch, n. r. Karlsruhe.

Buchhofen: abends 8 Uhr. Thema: Sport und Arbeiterbewegung. Referent: Gen. Desch, n. r. Karlsruhe.

Wöhrn: abends 8 Uhr im Konzertsaal der Heil- und Pflege-Anstalt Weichenheim mit Vortrag von Dr. K. n. r. 1. Kapellmeister am Landes-theater, unter Mitwirkung von Frau Dr. C. n. r. 1. und eines Streichquartetts (2 Geigen, Cello und Bratsche).

Knielehen: abends 8 Uhr im „Strauß“ gefellige Veranstaltung mit Vortrag des Gen. Trinks.

Sonntag, den 13. März:

Sonnenwetterbach: mittags 5 Uhr in der „Kanne“ Lichtbilders-Vortrag: „Rom Arier um Menschen“. Referent: Lehrer Gen. Ansmann-Forsheim.

Forbach im Muratal: abends 8 Uhr im „Löwen“. Thema: Die sittliche Idee des Klassenkampfes. Referent: Genosse H. n. r. Karlsruhe.

Grünwetterbach: abends 6 Uhr im „Lamm“ Stiftungsfest mit Vortrag des Gen. Trinks.

Reichenbach Amt Eßlingen: abends 7 Uhr im „Grünen Baum“ Lichtbilders-Vortrag: „Der Bauernkrieg“. Referent: Gen. Desch, n. r. Karlsruhe.

Reichenbach Amt Eßlingen: mittags 3 Uhr in der „Krone“. Thema: Politik und Wirtschaft. Referent: Stadtr. Genosse K. n. r. Karlsruhe.

Göhringen Amt Forbach: mittags 3/3 Uhr im „Aler“. Thema: Die sozialen Aufgaben der Gemeinde in der Republik. Referent: Landtagsabg. Gen. K. n. r. Gröhringen.

Bismarck Amt Raffart: mittags 3 Uhr in der „Sonne“ lustiger Märchen-Nachmittag für Kinder; abends 8 Uhr Lichtbilders-Vortrag: Indien, ein Stillpunkt in der Weltgeschichte. Referent: Lehrer Gen. Hellinger-Wulach.

Speilberg: mittags 3 Uhr in der „Traube“. Thema: Die sozialen Aufgaben der Gemeinden in der Republik. Ref.: Bürgermeister Gen. K. n. r. Durlach.

Wanzenloch: mittags 3 Uhr im „Schwanen“. Thema: „Stärke und Wirt“. Referent: Gen. Ulrich-Forsheim.

Oberkirch: normittags 10 Uhr Mitgliebertreffen im „Stadt Straßburg“. Mündliches Erscheinen aller Mitglieder ist unbedingt erforderlich.

Es wird gebeten, für alle Veranstaltungen zu werden.

Gewerkschaftliches

Abbruch des Lohnkampfes in der badischen Textilindustrie

Der Lohnkampf in der badischen Textilindustrie konnte nunmehr durch den Abschluß einer freien Vereinigung zwischen den Industriefirmen und den Gewerkschaften beendet werden. Nachdem die Unternehmer gegenüber dem Schiedsgericht des Reichsarbeitsministers Einwendungen erhoben hatten, wurde ein neuer Lohnvertrag vereinbart, der, gestützt auf die Entscheidung des Landesschiedsrichters, die Lohnsätze bis zum Herbst erhöhte. Sollte bis zum 1. Juni eine zehnprozentige Erhöhung der gesetzlichen Miete nicht eintreten, so soll von diesem Termin ab ein Neuzuschlag gewährt werden.

Kleine badische Chronik

Suttenheim bei Bruchsal. Unheilvolle Abschiedsfeier. Einen unheilvollen Ausgang nahm eine Abschiedsfeier, die der Gesangsverein „Eintracht“ seinem nach Amerika auswandernden Mitglied Ludwig Wittmann veranstaltete. Hierbei wollten einige junge Burken aus zwei Granatapulverbüchsen, die mit Sprengstoff gefüllt waren, Abschiedsgrüße geben. Einer der Ausläufer entzündete und rief dem 45 Jahre alten Bruchsaler Lina Jungkind und der 24 Jahre alten Silda Gansmante ein Betrüb. Bei Zusammenstoß erfolgte Lebensgefahr. Die Täter wurden festgenommen und nach Bruchsal verbracht.

Wiesloch. Die bekannte Fabrik Fuhs-Heidelbergs hatte einen alten Autosatzung zusammengestellt, der Montag nachmittag eine Probefahrt mit einer Eisenbelastung von 160 Zentner machte. Als der Zug in Wiesloch nachmittags den sogenannten Chausseebüchel herunterfuhr, kam er infolge der schweren Belastung in Schuß und es war dem Führer nicht möglich, ihn aufzuhalten. Ob die Bremse verlagerte oder ein anderer Grund vorliegt, konnte noch nicht festgestellt werden. Der Fahrer und sein Beifahrer sprangen noch rechtzeitig ab, wobei der letztere sich den Arm verstauchte. Der Zug aber fuhr in die Umarmung der Tabakfabrik Eber u. Krämer an der Ecke der Heidelberger- und Bäringerstraße hinein und rief drei große Pfeiler um, ehe er zum Stehen kam. Der Motorwagen ist schwer beschädigt, der Schaden beträchtlich. Es ist aber noch ein Glück, daß kein größeres Unglück angerichtet wurde.

Unterholzen (bei Randern). Im Verlaufe eines Streites zwischen Vater und 20jährigem Sohn schlug der Sohn dem Vater den Arm ab. Die Gendarmerie hat sich der Sache angenommen.

Jugend und Sport

Handball
5. Bezirk
Rehl 1. — Oberkirch 1. 3:2

Sonntag, 6. März, trafen sich obige Mannschaften zum letzten Serienpiel der Gruppe Ortenau. Ueber den Ausgang des Spieles war man sehr gespannt. Die Oberkircher Elf hat in der Vorrunde 2:3 verloren und mit demselben Resultat mußte sie wieder das Feld verlassen. Der Spielverlauf war zu Anfang sehr schloppend. Langsam drängt Rehl auf und in der 10. Minute fällt das erste Tor für die Einheimischen. Die Gäste wehren sich tapfer, aber 5 Minuten später konnte Rehl durch einen Dreieckmeter das Resultat auf 2:0 stellen. Pause. Nach derselben ein sehr energisches Spiel. Nachmals ist Rehl erfolgreich, doch auch die Gäste sind jetzt auf dem Damm. Oberkirch gelang ein Dreieckmeter und kurz darauf nochmals ein Tor. Mit obenstehendem Resultat endigte das Spiel. Damit ist Rehl Gruppenmeister und wird nun seinen nächsten Kampf gegen Emmendingen austragen. Der Schiedsrichter von Jahr war einwandfrei.

Tabellenstand

Spieler	Gew.	Verl.	Unent.	Tore	Punkte
Rehl 1.	6	6	—	—	17:5 12
Oberkirch 1.	5	3	2	—	16:10 6
Dinsladingen 1.	5	2	3	—	5:14 4
Oberkirch 2.	6	0	6	—	6:13 0

Fußball
Langenfeldbach 1. — Königsbach 1. 2:7 (0:3); 2. Mannschaften 1:6 (0:3)

Spielverlauf: Beide Mannschaften lieferten sich ein dem Arbeiterport würdiges Spiel, nur müssen sich einzelne Spieler von Königsbach mehr Ruhe und ein weiches Spiel angewöhnen. Bis Halbzeit konnte Königsbach als kräftiger Kämpfer dreimal einnetzen, während Langenfeldbach, nur mit 10 Mann spielend, durch das massive Spiel der Verteidigung von Königsbach ein Erfolgsverbot blieb. Nach Halbzeit konnte Königsbach noch viermal einnetzen, dem Langenfeldbach 2 Tore entgegenzusetzen. M. K.

Raffball — Abteilung II. Die in der Kreiszeitung nicht richtig gebrachte Verlegung der Serienpiele gilt nicht. Die Spiele finden also statt und ist kein Spielverbot am 13. März. K. F.

Gerichtszeitung

Ein gefährlicher Einbrecher. Wie wohl noch erinnerlich, ist zu Beginn des Jahres in Karlsruhe ein gefährlicher Einbrecher in der Person des Installateurs Hermann Schulte von Münster i. W. festgenommen worden, der in der Neujahrsnacht in Freudenstadt in eine nicht bewohnte Villa eingebrochen war und dort einige Tage ein bequemes Leben geführt hat. Er hat insbesondere das Tafelsilber und das Tisch- und Bettweiszeug gestohlen und, da er die ganze Diebesbeute nicht auf einmal wegbringen konnte, die eine Hälfte verpackt in der Villa zurückgelassen, während er die andere Hälfte teils in der Umgebung von Freudenstadt, teils in Karlsruhe absetzte. Hierbei wurde er in Karlsruhe gefaßt, ehe der Einbruch in Freudenstadt überhaupt entdeckt war. Die Diebesbeute im Gesamtbetrag von rund 2000 M konnte restlos wieder beigebracht werden. Da er von der Diebesbeute zum Teil an ausgläubige Abnehmer verkaufte, denen die gekauften Gegenstände wieder abgenommen wurden, lag auch ein Betrag zum Nachteil der Abnehmer vor, die um den Kaufpreis geschädigt sind. Der Angeklagte wurde nun in Freudenstadt in Anbetracht seiner vielen Vorstrafen sowie der Schwere des Falles zu der Zuchthausstrafe von 2 Jahren 6 Monaten sowie zu 5 Jahren Ehrverlust verurteilt.

Strom tödlich getroffen
Hd. Bauernstein bei Baden-Baden, 9. März. Hier ereignete sich gestern abend ein tödliches Unfallgeschick, dem ein junges Menschenleben zum Opfer fiel. Der im Alter von 24 Jahren lebende Arbeiter Wendelin Hertel wollte die elektrische Leitung im Stalle eines Colonniegebäudes reparieren. Er geriet dabei anscheinend durch irgend einen Zufall in Kontakt mit dem Stromkreis und erhielt einen Schlag. Ansehnliche Wiederbelebungsbemühungen blieben erfolglos.

Ein Automobilunglück — Zwei Schwerverletzte
Hd. Leutershausen bei Weimern, 9. März. Gestern vormittag wollte ein mit vier Personen besetztes Auto einem Fußwägel ausweichen. Dabei kam es den Schienen der Nebenbahn zu nahe. Das Auto, das sich in schneller Fahrt befand, überschlug sich zweimal und begrub die Insassen unter sich. Ein Ehepaar aus Heidelberg trug schwere Verletzungen davon, der Chauffeur und ein weiterer Insasse kamen mit leichten Verw. mit dem Schrecken davon. Das Auto ist schwer beschädigt. Es gehört einem Hotelier in Eschenbach.

Pullover
Damenstrümpfe
Schäfers
billigst
Daniels 50.0
Konfektionshaus
Wilhelmstr. 36 I.

Badisches Landestheater
Donnerstag, 10. März
* 8 15 (nicht Donnerstagnote)

Die lustigen Weiber von Windhor
Musik von Nicolai.
Musikalische Leitung: Josef Kröpff. In Szene gesetzt von Otto Krauß.

Galstaff Schuster
Kluth Weyrauch
Reich Lander
Gentor Day
Sperlich Sperlitz
Gohs Wier
Frau Kluth v. Berni
Frau Reich Straß
Anna Plant
Kellner Gimbmann

Anfang 7 1/2 Uhr
Ende gegen 10 1/2 Uhr
I. Sperrst. 7.— 11.

Freitag, den 11. März
Wie es geht.
Samstag, den 12. März
Zum ersten Mal.
Sonabarie.

Matratzen
in Seegras, Wolle, Rohhaar, alle Größen.
Holt preiswert aus eigener Werkstatt.
Reparaturen werden sorgfältig ausgeführt.

Kammerer
Erbsprinzenstraße 26.

Druckmaschinen aller Art liefert
Druckm. Volkstempel
Pfeilstraße 24.

MILD AROMATISCH

REEMTSMA CIGARETTEN
GIDON
4 PFENNIG

Erläuterung

Die kommunistische „Arbeiterzeitung“ in Mannheim brachte in Nr. 56 eine Notiz des Inhalts, daß am 1. März einige „Prominente der Karlsruher S.P.D.“ in den „Drei Eilfen“ von „Kommunisten“ verprügelt worden wären. Soweit mein Name in Zusammenhang mit dieser Schandtat gebracht wird, erkläre ich, daß diese in der „Arbeiterzeitung“ gegen mich veröffentlichte Verunglimpfung in jeder Beziehung unmaßgeblich ist. Die von mir gegen die „Arbeiterzeitung“ anhängig gemachte Beleidigungsklage wird den Beweis dafür liefern.

Vermischtes

Folgeschwere Alkoholvergiftung

Warschau, 9. März. In einem Dorfe in Ostgalizien kam es neuerlich zu einer Massenvergiftung durch den Genuß von ungeräuchertem Spiritus. Eine aus ungefähr 50 Köpfen bestehende Hochzeitsgesellschaft erkrankte an schweren Vergiftungssymptomen. 3 Personen sind inzwischen gestorben. Zwei Kranke, die den Weinwein verkauft hatten, wurden verhaftet.

Kindersterblichkeit einer Mutter

Ludwigslust, 9. März. Gestern verstarb die Frau eines Schlossermeisters ihr Töchterchen durch einen Schlag auf das Gesicht. Das Kind wurde am linken Auge getroffen und ist in Lebensgefahr. Die Mutter sprang aus dem Fenster des Fremdenzimmers und verlor sich am Rüdgrat. Der Grund der Tat dürfte familienswirtschaftlich sein.

Goldfunde

Republ. Nevada, 9. März. In der Wüste von Nevada im Westen der Vereinigten Staaten wurden Goldfunde gemacht, die Hunderte von Goldsuchern veranlassen, in Wagen und Autos an die Fundstelle zu eilen.

Ausfahrungen gegen jüdische Studenten

Warschau, 9. März. Wie die sionistische „Nasz Przegląd“ aus Wilna meldet, kam es gestern bei der medizinischen Fakultät der dortigen Hochschule zu Ausschreitungen gegen jüdische Schüler. Polnische Studenten, die nicht zulassen wollten, daß sich die Juden an den Arbeiten in dem Saal beteiligten, trieben diese unter tätlichen Angriffen aus dem Saal.

Bauunglück

Salzburg, 9. März. Bei Uferschubarbeiten an der Salzach stürzte ein mit 10 Personen besetztes Kahn um, wobei zwei Arbeiter erkrankten. Zwei wurden verletzt, die übrigen konnten gerettet werden.

Unfällefall im Bergbau

Dortmund, 9. März. Auf der Zeche Hannover 3/4 wurde heute ein Bergmann durch Steinfall getötet. 3 Bergleute trugen schwere, 5 leichte Verletzungen davon.

Karlsruher Polizeibericht vom 10. März

Verkehrsunfall. Gestern nachmittags kam ein 10 Jahre alter Knabe aus Krieglungen im Dole der früheren Metzgerstraße in der Poststraße beim Aufsitzen auf eine Sägemaschine zu Fall, wobei ihm durch das Hinterrad der Sägemaschine der rechte Oberarm abgerissen wurde. Der Knabe wurde von seinem Vater in das Städt. Krankenhaus verbracht. Ein Kammerbrand entstand gestern abend kurz nach 5 Uhr in einem Hause in der Kaiserstraße durch Entzündung von Glanzrak. Die Städt. Feuerwehr löschte das Feuer. Selbst gestellt hat sich in der Nacht ein Hilfsassistent aus Gaggenau unter der Beaufsichtigung, in der Zeit vom 1. Oktober 1925 bis 1. März 1927 Gelder und Gebühren in Höhe von 2930.30 M. unterschlagen zu haben.

Zur Anzeige gelangten 9 Führer von Personentransportwagen, weil sie gestern nachmittags in der Kaiser-Allee mit ihren Fahrzeugen die Höchstgeschwindigkeit von 30 Kilometer in der Stunde überschritten haben.

Vorläufige Wettervorhersage der Badischen Landeswetterwarte

für Freitag, 11. März: Keine wesentliche Veränderung.
Wasserstand des Rheins
Waldshut 266, gest. 12; Schutterinsel 170, gest. 12; Rehl 292, gest. 17; Maxau 473, gest. 16; Mannheim 371, gest. 21 Stm.

Der schwarze Sonntag

komm. 2095

Ein leeres Zimmer
hellbares
von 2 älteren Fräulein an
loftort oder 25. März in der
Stadt zu mieten gesucht.
Offerten unter Nr. 2092 an
das Volksfreundbüro erb.

**Mittag- und
Abendstisch**
können noch einige Herren
teilnehmen. 2088
Körnerstr. 33, 1. Stod.

Honig
ganz vorzügliche Qualität
10 Pfund Zölle 10.—
5 Pfund Zölle 6.—
Vorio extra, Wäcker und
Bier, Bier, Bier, Bier,
Terminationsbüro 103
bei Hiegelheim / Sachjen

Ca. 50 gut erhaltene
Matratzen
von 10 Stk. an in all. Gr.
Kauf, fort. Schrank,
Ein- und Zwei-
waggen, Frühjahrs-
Mantel, Hosen, Joppe,
neu u. geb., kann bill.
Bähringerstr. 33 a 1.

Matratzen
Gelat. - Mille - Bismarck,
Gallienmühl, Schaner,
Stech- u. Schwand, bert,
billigst evtl. zahl. Gleich.
Schneider, Karlsruher 68.

**Das Wunder
von SUMA**



Wäsche, durchsprudelt von Millionen Suma-Schaumperlen, welche das Gewebe durchdringen, selbst den hartnäckigsten Schmutz lockern, erfassen und emportragen. Das ist Suma!

Suma ist das neue, vollkommene Mittel zur wirklich schonenden Reinigung Ihrer Wäsche. Suma enthält keine schädlichen chemischen Substanzen und hat aufgrund seiner besonderen Zusammensetzung und seines hohen Seifengehaltes eine bisher unerreichte Waschwirkung. Ein Paket gibt vier Eimer Waschlauge: so ausgiebig ist nur Suma!

Preis 50 Pfg.
„Sunlight“ Mannheim



Deutscher Verkehrsbund
Bezirksverwaltung Karlsruhe
Kronenstr. 3 II, Telefon 3109.

Sonntag, den 13. März 1927, morgens 10 Uhr, findet in der „Kronenhalle“, Kronenstr. 3, unsere **Jahres-Generalversammlung** mit folgender Tagesordnung statt:
1. Geschäfts- und Kassenbericht, Bericht der Revisionskommission
2. Neuwahl der Bezirks- und Gewerkschaftsmitglieder, Sektionsleitungen, Betriebsräte, Obmänner, Kassaführer und sonstige Funktionen verpflichtet, zu erscheinen.
Die Bezirksleitung.
Höher.

Verband der Lebensmittel- und Getränkearbeiter Deutschlands / Bezirk Karlsruhe

Sonntag, den 13. März, vormittags 10 Uhr, findet im „Friedrichshof“, Gartenstr., eine **Allgemeine Brauereiarbeiter-Versammlung** statt, mit der Tagesordnung:
1. Bericht über die Tarif- und Lohnverhandlungen mit dem Mittelbad. Brauereiverband.
2. Beschlußfassung darüber.
An Abtritt der wichtigen Entscheidung über den Anbehob der Brauereiarbeiter vor einen kommunikativen Aufmarsch der Karlsruher Brauereiarbeiter für die Lohnkommissionen.
Höher.

Seuerbekämpfungsverein Karlsruhe

Sonntag, den 10. März d. J., abends 7 1/2 Uhr im kleinen Rathhauseaal **Jahres-Mitglieder-Versammlung**
Tagesordnung: 1. Jahres- und Kassenbericht. 2. Etwaige Wünsche und Anträge.
Weitere Mitglieder sind hierzu freundlich eingeladen.
Karlsruhe, den 2. März 1927.
Der Vorstand.

Nehmt Musikunterricht

bei der Musiklehrerschaft des Deutschen Musikerverbandes. Lehrordnungen erhältlich in den Musikalienhandlungen.

Volksbund Deutscher Kriegsgräberfürsorge
Ortsgruppe Raftatt

Wie in den letzten Jahren, so hat auch dieses Jahr die Reichsregierung im Benehmen mit dem Volksbund Deutscher Kriegsgräberfürsorge den Sonntag „Reminiscere“ — in diesem Jahre Sonntag, den 13. März — als

Volkstrauertag
zum Gedächtnis unserer im Weltkrieg gefallenen Brüder

erklärt. An diesem Tage findet hier in Raftatt wieder im Anschluß an die kirchlichen Feiern um 11 Uhr 30 vormittags in der Festhalle ein **Trauerakt** statt, zu dem die gesamte Bevölkerung hierdurch eingeladen wird. Die Ortsgruppe bietet:
1. Die Mitbürger, an diesem Tage halbmaß oder mit Trauerkor zu tragen.
2. Die Vereine, sich 9 Uhr vormittags mit ihren Fahnen im Trauerkor vor dem Rathaus zu sammeln und geschlossen in die Kirche zu rücken. Beginn der Gottesdienste: (bei allen Konfessionen) 9 Uhr 30 vormittags.
3. bezüglich Platzanweisung in der Festhalle den Anweisungen der Ordner Folge zu leisten.
Die Stadtverwaltung hat sich freundlichst bereit erklärt, am Sonntag nachmittags die Deutschen Kriegsgräber auf dem neuen Friedhof durch Schalltöne zu mahnen zu lassen.
Die Gardisten haben Anordnung getroffen, daß — wie im ganzen deutschen Vaterlande — so auch hier Samstag abend von 8 bis 8 Uhr 10 und Sonntag mittags von 1 bis 1 Uhr 15 zum Gedächtnis unserer gefallenen Brüder sämtliche Kirchenglocken der ganzen Stadt läuten werden.
Der Vorstand:
Raether, Oberst a. D. Franz Roth, Rechtsanwält
1. Vorsitzender 2. Vorsitzender

Taschen-Uhren
mit Garantie von 10 an
Trauringe, massiv Gold,
das Paar von 10.— an.
Eßbestecke
Kaffeelöffel — Patentgeschenke
Schlepppreise, Kegepreise
empfehlen billig 2090
Christ.Fränkle, Goldschmied Karlsruhe
Kais.-Passage 7a

Vertaufe Samstag, den 12. März 1927, nachmittags ab 3 Uhr

Schiel, Birnen, Ehrliche Hochstämme und Buchsäume, Stängel, Johannis- und Himbeeren, alles in prima Sorten u. fraglichem Zustand, wegen Vergrößerung d. Flugplatzes
Gebr. Körner, Gartenbau, Flugplatz

Kartell- und Verbandsschau

Sonntag, den 13. März in Durlach (Baden) in der Reithalle der ehem. Schlosskaserne

Verbunden mit einer **Spezialschau** des Dobermannpüschler-Vereins und des Vereins Deutscher Schäferhunde S. V. Ortsgruppen Karlsruhe
Standgeld pro Hund 4.50 Mk.
Hochwertige Ehrenpreise stehen zur Verfügung.
Erste Schau innerhalb Badens im Jahre 1927.
Einlieferung der Hunde bis 11 Uhr vormittags.
Beginn des Richtens pünktlich 11 1/2 Uhr
Kynologischer Verein Durlach und Umgebung e. V.
Schauleiter: Maßnug, Polizei-Ober-Wachmeister

Ettlinger Anzeigen.

Bürgeranschluß-Versammlung.
Ich berufe die Mitglieder des Bürgeranschusses zu einer öffentlichen Versammlung auf
Freitag, den 11. März 1927, abends 8 Uhr, in den großen Rathhauseaal ergehen ein.

Tagesordnung:
1. Erhöhung des Landdarlehenszins 1927
2. Straßen- und Leitungsherstellung im ehemaligen Schloßgarten
3. Errichtung einer Aufbauschule.
Die Akten liegen von heute an während der Geschäftsstunden in der Rathshauskammer zur Einsicht an.
Ettlingen, den 4. März 1927.
Der Bürgermeister.

Arthur Baer
 Kaiserstraße 133
 gegenüber der kleinen Kirche
Verkaufsräume
 nur eine Treppe hoch

Neu eingetroffen! **Große Poffen Herrenkleiderstoffe** Neu eingetroffen!
 neueste Dessin, nur ausgesucht la. Qualitäten, äusserst preiswert.

Reichsbanner
 Schwarz-Rot-Gold
 Ortsgruppe Karlsruhe.

Volks-Trauertag!
 Am Sonntag, den 13. März, Vormittags
 11 Uhr, findet auf dem städtischen Ehren-
 friedhof eine
Gedächtnis-Feier
 für die im Weltkrieg Gefallenen statt. Wir
 laden hierzu alle Republikaner, insbeson-
 dere die auf dem Boden der Versöhnung
 lebenden Organisationen freundl. ein. Der-
 eine, Fahnen- und Kranzabordnungen ver-
 sammeln sich um 1/11 Uhr in der Parkstraße.
 Der Vorstand. 2009

Dankfagung.
 Für die vielen Beweise herzlichster Teil-
 nahme bei dem schweren Verlust meiner
 lieben Frau, unserer guten Mutter, sagen
 wir an diesem Wege unseren herzlichsten
 Dank. Ganz besonderen Dank dem Gesangs-
 verein „Cassalia“ für den erhabenden
 Grabgejang. 2103
 Karlsruhe, den 10. März 1927.
Wilhelm Graf und Kinder.

Frische

SEE-FISCHE
 Direkter Bezug in Spezial-
 Fischwaggons von der See.
 Eingetroffen
2 Waggon

Kabliau
 in bekannt guter Qualität

lobbost im ganzen 22 Pf.
 Fisch . . . Pfund
 im Aufschnitt . . . Pfund 24 Pf.

Frische
Süß-Büchlinge
 Pfund 25 Pf.
 Zette holl.

Lachsheringe
 Stück 10 Pf.

In unserer Spezialabteilung für

Fische, Wild u. Geflügel

Karl-Friedrichstraße 3
 am Marktplatz
 Schellfische und Kabliau

Lebendfrische
 Steinbutt, Schollen, Rotzungen,
 Goldbarsch, Sechte, Zander. 2008

Grüne Heringe
 3 Pfund 40 Pf.

Vonsarden, Hähnen, Zuppen-
 hühner, Tauben.

Große Auswahl in Küchengeräten

Pfannkuch

In den oberen Räumen der Firma Hermann Tietz
 Montag, den 14., Dienstag, den 15., Mittwoch, den 16. März
 nachmittags von 1/4 bis 6 Uhr

Bunter Bühnen-Tee
 verbunden mit einer
Modeschau der Firma Hermann Tietz
 zugunsten der
Wohlfahrtskassen der Genossenschaft Deutscher Bühnenangehörigen
 veranstaltet von den Mitgliedern des Badischen Landestheaters.

Mitwirkende:
 Ansager: Felix Baumbach, Dir. Hans Blum, Paul Müller, Ulrich v. d. Trenck.
 Die Damen:
 Eilfr. Albrecht, Edith Bielefeld, Elise Blank, Tilly Blättermann, Herma Clement,
 Melanie Ermarth, Marie v. Ernst, Malle Fanz, Leonore Fein, Marie Genter, Evi
 Kloeble a. G., Nelly Kademacher, Emmy Seiberlich, Magda Strack, Martha Wied.
 Die Herren:
 Felix Baumbach, Hans Blum a. G., Gustav Bockx, Herm. Brand, Robert Butz,
 Stefan Dahlen, Wilhelm Graf, Jan van Gorkom a. G., Fritz Herz, Paul Hierl,
 Fritz Hofbauer, Hugo Höcker, Otto Klenscher, Alfons Kloeble, Christian Lander,
 Waldemar Leitgeb, Karlheinz Löser, Paul Müller, Wilhelm Nentwig, Hans
 Ochsenkiel, Friedrich Prüter, Franz Schuster, Theo Strack, Ulrich v. d. Trenck,
 Adolf Vogel, Ottomar Volgt, Rudolf Weyrauch, Dr. Hermann Wucherpfennig.
 Am Flügel: Josef Keilberth jun., Kurt Stern. Hausorchester: Abteilung der Polizeikapelle.
 Flügel von der Fa. H. Maurer.

Einlaßkarten zum Preise von M. 3.— (einschl. Tee oder Kaffee mit Kuchen)
 sind an der Sammelkasse der Firma Hermann Tietz zu haben.
Vorverkauf ab Freitag, den 11. März.

Pfannkuch
Dörrobst
Mischobst
 aus feinsten Itali-
 anischen und fer-
 bischen Früchten
 zusammengestellt
 Pfund
60
 Pfennig.
 Extrafeine
 Mischung
 Pfund
90
 Pfennig.
**Amerikanische
 Dampfpfäfel**
 Pfund
50
 Pfennig
 Kaffeebohnen
 Arabica,
 Robusta, Birnen
Pfannkuch
 Abonniert die
Frauenwelt
 durch die
Volksbuchhandlung
 43 Adlerstraße 43.

Resi Waidstraße
 Heute!
Im weißen Rössl
 7 reizig lustige Akte
**„Er“ als Feuer-
 wehrmann**
 Film-Groteske
**Ins Wunderland
 von Zermatt**
 Herrliche Reisebeschreibung
Trianon-Auslandswoche
 Verbreitetste Wochenschau 2007



Photographie
 Geschäfts-Verlegung
 und Empfehlung!
 Ab 1. März habe ich mein Geschäft
 von Ruppurrerstraße 16 nach
Hirschstraße Nr. 88
 verlegt. 2089
Wuh. Sindner
 Telephon Nr. 2489
 Zur Eröffnung gewähre 10% Preisnachlaß

COLOSSEUM
 Nur noch bis 15. März, täglich 8 Uhr
„Wieder Metropol“

Bohnenstangen
 ca. 10.000 Stück, auf erhalten.
 möglichst in einem Posten abzu-
 geben. Anfragen unter Nr. 2101
 an die Expedition d. Bl. erbeten.

Neu! Neu!
**Arbeits-
 Gerichtsgefes**
 mit ausführlichen
 Erläuterungen von
 S. Kufhäuser
 und
 Clemens Röpzel
 Vollständige Text-
 Ausgabe
 Verlag A.D.G.B.
 Berlin
 Organisationspreis
3.50 Mk.
 im Buchhandel 5 Mk.
 nach auswärtig Porto
 Volksbuchhandlung
 Karlsruhe
 Adlerstraße 43
 Telephon 2701

Badische Lichtspiele
Konzerthaus
 Freitag, den 11. bis Mittwoch, den 16. März
 jeweils abends 8 Uhr
 Samstag und Mittwoch auch 4 Uhr nachmittags
 Sonntag, 13. März, nachm. 4 und abends 8 Uhr

Nitow's wilde verwegene Jagd

 Guts allein
 die ihr noch mit Freundeslust
 An den verwegnen Jäherspieler denkt.

Musikbegleitung: **Polizeikapelle** unter persönlicher
 Leitung des Herrn **Obermusikmeisters Heilig**
 Preise: Mk. 0.60, 0.80, 1.—, 1.30, 1.80
 Studierende, Schüler und Erwerbslose gegen Ausweis
 halbe Preise 2008
 Vorverkauf: Musikhaus Fritz Müller, Kaiserstr.